

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
für Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf.
und die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und
Osterr.-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeitspalte mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inzerate müssen
bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 225.

Dresden, Freitag den 27. September 1912.

23. Jahrg.

Agrarische Ausreden.

Unsere Agrarier haben zwar nicht zu befürchten, daß die so freundlich gestimmte Regierung gegen die herrschende Agrarier-Partei irgendwelche Maßregel ergreift, die ihnen allzu weh tun könnte. Gestern haben wir ja bereits der Meinung Ausdruck gegeben, daß das deutsche Volk von der Meinungsausdruckslosigkeit gegen die Teuerung nicht viel zu erwarten hat. Aber die Agrarier wünschen, daß auch nicht das geringste, um die Teuerung auch nur zu mildern. Je höher die Preise, desto besser ist ihre Lösung. Deshalb lassen sie die Blätter, besonders in der Deutschen Tageszeitung, Regierung in der üblichen Weise mit dem agrarischen Jargon besetzen für den Fall, daß es ihr einfallen sollte, irgendwelche Maßnahmen zugunsten der unter der Teuerung so schwerenden Massen zu ergreifen. Nun veröffentlicht der Bund der Landwirte in der Deutschen Tageszeitung etwa fünf Spalten lange Erklärung „zur Fleischsteuerungsaktion“, die von den Herren Dr. Köfide, b. Wangenheim, Dr. Fahn unterzeichnet ist. In dieser Kundgebung werden allbekannte agrarische Ausreden noch einmal breitgetreten. Natürlich nimmt das Schriftstück von Widerstand und Schließungen, wie wir dies bei den Gesetzen des Bund der Landwirte gewohnt sind. Zuerst mühen sich die Agrarier nachzuweisen, daß die agrarische Politik des Reiches gar nicht schuld sei, und dann bringen sie es zu erklären, es dürfe an der Zoll- und Abherrungs-Gotteswillen nichts geändert werden. Denn dann die Teuerung nachlassen. Die Landwirte betonen nicht die hohe Preise, und es würden die schlimmsten Folgen der deutschen Landwirtschaft entstehen. Wir wollen darauf hin, auf all das eingehen, was die Herren vom Bund der Landwirte vordringen, und uns damit begnügen, einige agrarische Fehlschlüsse herauszugreifen, um zu zeigen, wie fadenförmigen Argumenten die agrarischen Ausreden heruntersinken.

Da oben sie z. B. davon, daß auch im Auslande die Preise gestiegen seien! Die Richtigkeit dieser Behauptung ist nicht bestritten, aber wird dadurch denn nicht die Zoll- und Grenzsperrungspolitik irgendwo gerechtfertigt? Die Tatsache, daß in Deutschland die Fleischpreise höher sind als im Auslande, wegen auch die Herren vom Bund der Landwirte nicht wegzuleugnen. Gerade dann, wenn der Weltmarkt die Preise in die Höhe gehen möchte, werden, daß für das deutsche Volk die allgemeine Weltmarktpolitik der Wirtschaftspolitik des Reiches noch wichtiger ist, gerade dann ist es an der Zeit, die Grenzen zu öffnen.

Der Bund der Landwirte weist dann darauf hin, daß der amtliche Statistik der Fleischkonsum im zweiten und dritten Jahr höher gewesen ist als in früheren Jahren. Ist damit gegen die Teuerung bewiesen? Selbst wenn man annimmt, daß die Statistik ein richtiges Bild gibt, so ist mir darauf aufmerksam machen, daß die gegenwärtige Statistik, die den schon seit Jahren herrschenden Konsum nachweist, hat, erst in den letzten Monaten über uns hinweg, daher konnte die Größe des Fleischverbrauchs im zweiten und dritten Jahr noch nicht von ihr beeinflusst sein. Die Steigerung des durchschnittlichen Fleischverbrauchs der Nation, daß in den wohlhabenden Teilen des Volkes, für die die Höhe des Fleischpreises keine Rolle mehr spielt, mehr Fleisch gegessen wird als früher. Das auch die Statistik nicht beweisen werden. Übrigens sind die Nachrichten der vom Bund der Landwirte benutzten amtlichen Statistik des Deutschen Fleischverbrauches gemächliche Einwände vorgebracht worden. Wie die amtliche Feststellung des durchschnittlichen Schlachtkörpergewichtes der Tiere, die in Folge des Bestandes in vergangenen Jahre das Durchschnittsgewicht des Schlachtkörpergewichtes, wie durch die Viegestatistik der amtlichen Statistik über die Höhe des Fleischverbrauchs auszugehen.

Dann behaupten die Herren vom Bund ihre Mitmenschen, daß die Einfuhr von frischem Fleisch „fast von jeher gestillt sei“. Auch für die Einfuhr des Gefrierfleischs bestanden keine beschränkenden Bestimmungen. Der Bund der Landwirte hat sich für die Einfuhr von Gefrierfleisch, als wenn sie nie davon gehört hätten, daß in Deutschland seit Jahrzehnten argentinisches Gefrierfleisch eingeführt wird, ohne daß sich je gesundheitliche Schäden geltend gemacht haben. Auch darauf haben sich die Herren bei Abfassung der Kundgebung nicht besinnen können, daß in Argentinien bereits erklärt hat, daß für Deutschland das Fleisch durch deutsche Tierärzte untersuchen zu lassen.

Natürlich fehlt auch das übliche Gerede von der Minderwertigkeit des Gefrierfleischs nicht. Die Herren Landwirte entdecken sogar auf einmal bei sich ein fürchtbar arbeiterfreundliches Herz und fragen besorgt: „Wie verträgt sich das Verlangen nach der Erleichterung der Einfuhr von Gefrierfleisch mit den sonstigen Äußerungen der sozialdemokratischen Presse: daß die Reichen das gute Fleisch haben wollten, die Arbeiter könnten das schlechte essen?“ Mit dem nun einmal Agrariern eigenen Scharfbild haben die Herren erkannt, daß die Arbeiter, die ja nicht so not leiden müssen wie die armen Agrarier, Geld genug haben, um sich reichlich gutes Fleisch zu kaufen. Nur die bösen „Fleischsteuerungsagitatoren“ wollen die Arbeiter zwingen, das schlechte argentinische Fleisch zu essen. Warum die Agrarier sich eigentlich so sehr gegen die Einfuhr des argentinischen Fleisches sträuben, das ja, wenn es wirklich so minderwertig ist, dem deutschen Fleische keine ernsthafte Konkurrenz bereiten würde, wird wieder nicht gesagt.

Selbstverständlich kann, wie dann weiter von den Bänden dargelegt wird, auch lebendes Vieh nach Deutschland eingeführt werden. Das festgesetzte Kontingent für die Einfuhr von Schweinen aus Rußland und Oesterreich-Ungarn aber werde nicht einmal ausgenutzt. Die Herren machen natürlich nicht den Versuch, zu erklären, woher das kommt. Der Leser soll glauben, daß das Kontingent nicht ausgenutzt wird, weil in Deutschland nicht genügend Absatz für die Schweine vorhanden wäre. Die Minderzufuhr rührt aber daher, daß es Rußland Vieh zur Einfuhr nach Deutschland einzukaufen können sie doch nie wissen, ob nicht das Kontingent, wenn sie ihr Vieh an die Grenze bringen, schon anderweitig ausgenutzt ist, so daß sie ihre Tiere nicht nach Deutschland schaffen und verwerten können.

Gegner einer Aufhebung der Zölle auf Vieh und Fleisch sind die Bänder natürlich nicht etwa, weil sie einen Druck auf die Preise befürchten, sondern im Gegenteil, weil nach ihrer Meinung trotz der Zollerhebung die Preise nicht sinken würden und eine solche Maßnahme lediglich den Importeuren und Spekulantem nütze. Das haben offenbar die Verfasser der agrarischen Streitschrift nicht bedacht, daß dann doch durch eine Zollerhebung den bösen „Fleischsteuerungsagitatoren“ der Mund leicht gestopft werden könnte, ohne daß die Fleischproduzenten einen Schaden davon hätten. Das Fleisch würde ja, wie die agrarischen Schriftgelehrten selbst eben auseinandergesetzt haben, nicht im Preise sinken.

Nachdem die Herren drei Spalten hindurch immerfort davon gesprochen haben, daß es gar nicht die an den bestehenden Verhältnissen ändern würde, wenn man die Zölle auf Vieh und Fleisch „aufheben“ würde, fangen sie auf einmal an, scharf darüber zu jammern, was für Gefahren der Landwirtschaft drohen, wenn die Forderungen der Fleischsteuerungsagitatoren erfüllt werden. Sie sprechen vom Ruin der deutschen Viehzucht, malen das Schreckgespenst des amerikanischen Fleischschusses auf die Wand und vergleichen mehr. Unter anderem behaupten sie auch, daß gerade die kleinen Landwirte bei einem Sinken der Viehpreise infolge der Konkurrenz des Auslandes bei der Viehzucht nicht mehr auf ihre Rechnung kommen würden, und sie weisen darauf hin, daß die Produktionskosten der Bauern gestiegen seien. Aber sie unterlassen es wohlweislich, anzugeben, was die vornehmste Ursache dieser hohen Produktionskosten ist. Und mit gutem Grunde, denn die Wurzel des Übels ist eben die agrarische Zollpolitik. Durch sie werden dem kleinen Landwirt die Futterkosten für sein Vieh verteuert. Es wird ihm vor allem auch teurer. Es ist ja bekannt, daß seit dem Inkrafttreten des letzten Posttarifs die Bodenpreise ganz bedeutend gestiegen sind. Die Erträge seines Betriebes heute eine viel größere Summe für die Vergütung des im Grund und Boden angelegten Vermögens aufwenden als früher. Es ist ja von sozialdemokratischer Seite immer gesagt worden, daß die ganze agrarische Wirtschaftspolitik der Landwirtschaft auf die Dauer nichts nützt, und daß bei der Neuverteilung oder Erhöhung von Agrarrenten Eigentümern größerer Landstrecken sind.

Ganz entschieden müssen wir es zurückweisen, daß man dem deutschen Volke zumutet, es soll nun ruhig und geduldig währenden Widerstände, in die sich die Vorführer der Agrarier in ihrem Schriftstück gegen die Fleischsteuerungsaktion guten Gewissens für ihre Sache stellt. Sie können ihren Standpunkt gar nicht anders verteidigen als mit den Herren sehterellen. Die Volksmassen aber kann das gänzliche Wagnis des agrarischen Verteidigungsversuchs nur in der Abgrenzung der herrschenden Wirtschaftspolitik zu führen und immer lauter den Ruf erschallen zu lassen: Nieder mit der volksfeindlichen Zollwucherpolitik des Agrariertums und seiner getreuen Dienerin, der Regierung Bethmann-Hollwags.

Die Parteipresse über den Parteitag.

In der Neuen Zeit schreibt Genosse Rudolf Hilferding:

In der Tat hat gerade die Debatte über den Imperialismus, die ebenso wie das Referat selbst auf hohem Niveau stand, mit größter Deutlichkeit gezeigt, wie die neueste kapitalistische Entwicklung die Partei einig und in geschlossener Kampfbereitschaft findet. Deshalb sehen wir auch einen entscheidenden Vorzug der angenommenen Resolution darin, daß sie in der Forderung der allgemeinen Einschränkung auch auf dem Gebiet der auswärtigen Politik eine unmittelbare und verheerende, konkrete Forderung ausspricht, an die in der Agitation immer wieder angeknüpft werden kann, um gerade am dem Widerstand, den die herrschenden Schichten ihr trotz ihrer den Volksmassen einleuchtenden Richtigkeit entgegensetzen, die eigentlichen Triebkräfte des Imperialismus zu entwickeln.

Der Vorstand konnte einen wohlverdienten Triumph feiern über die Angriffe, die man gegen ihn in der Wuppinger Angelegenheit seit geräht hat. Das hier von hoffentlich nachhaltiger Wirkung ist, daß es nicht die Beurteilung dieses Einzelfalles, sondern die Ueberzeugung, daß das berechtigte „demokratische Mißtrauen“, von dem Bebel so gern spricht, nicht zu einer kritischen Voreingenommenheit führen darf, die alles als bare Münze nimmt, was gegen die selbstgewählten Vertrauensmänner unserer Organisationen von irgendeiner Seite vorgebracht wird. So werden gerade diese Debatten, so unbedeutend im Grunde genommen ihr Ausgangspunkt war, doch das gute Gefühl haben, das Verantwortlichkeitsgefühl auch in der Parteipresse zu vermehren und dadurch auch die innere Geschlossenheit zu stärken.

Und als eine Stärkung unserer Organisation wird sich hoffentlich auch in der Praxis die neue Institution des Parteiaussschusses bewähren, die in der Tat geeignet zu sein scheint, die Parteileitung in engerer Fühlung mit unseren Organisationen zu bringen, ohne doch ihre Verantwortlichkeitsgefühl und ihre Schlagfertigkeit zu mindern. Und eine weitere Festigung der Partei bedeutet auch der Beschluß über die Ueberflüssigkeit der „Sonderkonferenzen“. Eine interessante, wenn auch wesentlich retrogressive Debatte zeitigte das Referat Scheidemanns über die Reichstagswahl. Scheidemann hatte recht, wenn er sagte, eine außerordentliche Situation erfordere außerordentliche Mittel. Damit war die Abgrenzung gegen jene merkwürdigen Kompromißanträge deutlich gezogen, die am liebsten unter allen Umständen Kompromisse schließen möchten, auch wo gar kein wirklicher politischer Gewinn, sondern höchstens eine kleine Mandatsüberschiebung zu erreichen ist. Hier war aber in der Tat eine besondere Situation gegeben, die Gestaltung der Majoritätsverhältnisse lag in unserer Hand. Gewiß ist dabei der Parteivorstand bereits bis zu einer äußersten Grenze gegangen, und sicher sind die Beschlüsse der betroffenen Organisationen ernstlicher Beachtung wert. Aber es wäre eine Schädigung der Partei in ihrer propagandistischen Stellung, aber auch in ihrer parlamentarischen Abwehrkraft gewesen, hätte sie den Versuch unterlassen. Dies erkannte auch der Parteitag mit Übermajorität an.

Der Abschluß des Parteitags bildete eine eigentümliche Debatte, deren Bericht man nicht ohne einige Verwunderung liest. Der Ausschluß Gerhard Hilferdings begegnete einer kleinen, aber heftigen Opposition, die bei Begründung ihres Standpunktes Argumente gebrauchte, die außerordentlich festlich klingen. Denn sie laufen schließlich darauf hinaus, der Partei das selbstverständliche Recht abzubrechen, selbst zu bestimmen, was ihre Anschauung und ihr Programm ist; sie führen zu der, wenn auch natürlich nicht im politischen Sinne, anarchischen Anschauung, daß jeder einzelne frei und unabhängig bestimmen könne, welche Ansichten er innerhalb der Sozialdemokratie und als ihr Angehöriger in ihrem Namen vertreten könne. Die Partei würde aufhören, eine verbindliche gemeinsame Anschauung zu haben, und würde eine bloße Organisationsgemeinschaft sein, die jeder nach Gutdünken benutzen könnte. Der „sozialdemokratischen Propaganda gegen die Sozialdemokratie“, wie jüngst Genosse Behler diesen unheimlichen Zustand nannte, wäre Tür und Tor geöffnet.

Gute Arbeit hat der Chemnitzer Parteitag geleistet, und seine Beschlüsse und Verhandlungen werden große Genugtuung in der Partei auslösen. Wir sind die letzten, die erkennen, wie notwendig die Auseinandersetzungen auf früheren Parteitagen gewesen sind, wieviel sie beigetragen haben zur kritischen Schulung und zur Selbständigkeit des politischen Denkens der deutschen Arbeiterklasse. Aber nichts wäre verberbtlicher als ein Streit, dem die sachlichen Unterlagen fehlen. Daß diese Gefahr nicht besteht, hat Chemnitz bewiesen. Nach den diesen Parteitagen inneren Kämpfen hat er die Partei auf stolzer Höhe gestellt als je zuvor, in allen Fragen des täglichen Kampfes einig wie in ihrem letzten Ziel. Mit gesammelter Kraft geht die deutsche Sozialdemokratie den großen Kämpfen entgegen, die sie ihrem Siege näher bringen werden.

Volkswille in Hannover:

Das Erstentscheidende war, daß Mitglieder des Parteivorstandes sich endlich einmal, und zwar in schärfer Weise, gegen jene „Treibezeren“ wandten, die seit Jahr und Tag von einigen Genossen beliebt werden, die die Partei in ihrer Agitations- und Organisationsarbeit hart behindern und dem Parteivorstand seine ohnehin nicht leichte Aufgabe ganz unendlich erschweren. Mit kräftiger Faust griff Genosse Ober in innerlich einmütigen, genannt „Wuppinger Angelegenheit“, die, wie er in der Partei dazu gedient hat und weiter dazu dienen sollte, dem Parteivorstand ganz gehörig den Kopf zu waschen und dem sogenannten „Rechtskonservatismus“ einen todbringenden Keulenschlag zu versetzen. Die „Wuppinger Affäre“ ist und bleibt ein schwarzes Blatt in der Parteigeschichte. . . . Das Stichwort „a b o m e n“ wurde mit sehr großer Mehrheit gutgeheißen, ein Wort, welches mehr, daß die Einheit in politische Notwendigkeiten in der Sozialdemokratie begriffen ist.

Abgesehen von dem Mißklang, den der Ausschluß Hilferdings und die Beratung der „Wuppinger“ in die Verhandlungen des roten Parlaments gebracht haben, entsprach die Chemnitzer Tagung durchaus der Würde einer so großen Partei, wie es die Sozialdemokratie nun einmal ist und noch immer mehr sein wird. Nur, was so, und der Erfolg wird nicht auf sich warten lassen!